



Bürgerbegehren zum Erhalt des Coppi-Gymnasiums

Etikettenschwindel bei der Linkspartei

Achtung: Wo „Bildungsausschuss“ und „BVV“ draufsteht, ist manchmal *nur* PDS drin!

von Kerstin Beurich, Vorsitzende der SPD-Fraktion Lichtenberg

Am 16.05.2006 übergaben die Initiatoren des Bürgerbegehrens zum Erhalt des Coppi-Gymnasiums (Karlshorst) über 11.000 (!) Unterstützerunterschriften an das Bezirksamt.

Nur 5965 Unterschriften wären für das Zustandekommen des Bürgerbegehrens notwendig gewesen. Ein riesiger Erfolg!

Der abschließende **Bürgerentscheid** findet nun am **17.09.2006** gemeinsam mit den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen statt.

Unerhört ist jedoch, wie die Linkspartei.PDS mit allen Mitteln versucht, das Bürgerbegehren zu konterkarieren und so die Meinungsäußerung von über 11.000 Bürgerinnen und Bürgern unseres Bezirkes zu missachten. Dass sie dabei nicht einmal den Mut hat, zu ihrer Auffassung zu stehen, sondern sich hinter Scheinbeschlüssen des Bildungsausschusses und der BVV versteckt,

gleichet einem Etikettenschwindel. Denn bei genauerer Durchleuchtung, stellt sich heraus, dass es sich nur um Beschlüsse dieser Partei handelt. Das zieht sich – insbesondere bei unangenehmen Entscheidungen wie der Schulentwicklungsplanung (SEP) – durch die gesamte Wahlperiode.

Es begann damit, dass die eigens gegründete AG Prioritäten des Bildungsaus-

schusses konkrete aber abweichende Vorschläge zur Vorlage von Stadtrat Räßler-Wolff (Linkspartei.PDS) erarbeitete, die von der PDS aber nicht berücksichtigt wurden. Die AG war somit eine reine Pseudo-Veranstaltung.

Wegen dieses ungeheuerlichen Vorganges sahen sich SPD, CDU und FDP ge-

Beschlusslagen der Linkspartei.PDS sind. Die Krönung des Ganzen war die Erarbeitung einer konkurrierenden Beschlussvorlage zum Bürgerentscheid im Bildungsausschuss am 29.06.06. **Die bereits vorgefertigte Vorlage wurde nach einer Scheindiskussion nur mit den Stimmen der PDS beschlossen, und ent-**

spricht genau dem ursprünglichen Beschluss von Stadtrat Räßler-Wolff. Es ist natürlich legitim, dass die BVV eine konkurrierende Vorlage zum Bürgerentscheid erarbeitet.

Ist es aber auch moralisch einwandfrei, wenn von vornherein feststeht, dass die konkurrierende Vorlage nur die Meinung einer Fraktion – nämlich die der Fraktion der Linkspartei – wiedergibt?

Wäre es nicht der ehrlichere Weg gewesen, wenn die Linkspartei.PDS auf eine konkurrierende Vorlage der BVV verzichtet und im Wahl-



Bürgerbegehren: Übergabe der 11.000 Unterschriften

zwungen, einen Aufhebungsantrag zur SEP in der BVV im Juni 2003 zu stellen, der jedoch von der PDS mit ihrer absoluten Mehrheit wie selbstverständlich abgelehnt wurde.

Es ist deshalb politisch unkorrekt, wenn die Linkspartei sich in der aktuellen Debatte zur Schulentwicklungsplanung und dem Bürgerbegehren zum Erhalt des Coppi-Gymnasiums auf Beschlusslagen der BVV beruft, die eigentlich nur

kampf versuchen würde, die Bürgerinnen und Bürger von ihrer Sicht der Dinge zu überzeugen? Warum dieser Etikettenschwindel eines Beschlusses des Bildungsausschusses und der BVV? Warum der explizite Hinweis auf der Beschlussempfehlung, die anwesenden Eltern vom Kant- und Forster-Gymnasium seien mit der Formulierung einverstanden? Ist das in irgendeiner Weise reprä-

Fortsetzung auf Seite 2

Stellen Sie Fragen an den Regierenden Bürgermeister

Klaus Wowereit

am **30.08.2006** von **17.00** bis **18.30 Uhr** in Hohenschönhausen am **Linden-Center** (Prerower Platz)

Fortsetzung von Seite 1

sentativ? Ist sich die Linkspartei der Mehrheitsfähigkeit ihrer Position nicht sicher? Fürchtet sie das basisdemokratische Votum des Volkes, nachdem sie selber eine der treibenden Kräfte bei der Einführung des Bürgerbegehrens und des Bürgerentscheides war? **Frei nach dem Motto: Die Geister, die ich rief, werde ich nun nicht mehr los?** Diese Fragen stellte ich der PDS in der Sondersitzung der BVV am 05.07.2006. Unsere Argumentation – und auch die der Gastredner – überzeugten die Linkspartei jedoch nicht, als sie die konkurrierende Vorlage zum Bürgerentscheid mit ihrer absoluten Mehrheit durchdrückte.

Wir als SPD-Fraktion Lichtenberg bleiben jedenfalls bei unserer Unterstützung des Bürgerbegehrens und werden alles dafür tun, dass die Bürgerinnen und Bürger bei der Entscheidung am 17.09.06 nicht auf die Mogelpackung der Linkspartei.PDS hereinfliegen!

Impressum:

Herausgeber: SPD-Fraktion in der
BVV Lichtenberg,
Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin,
Tel.: 57795448 Fax: 57795449,
e-mail: fraktion@spd-
lichtenberg.de,
web: www.spd-lichtenberg.de,
V.i.S.d.P.: Kerstin Beurich
Redaktion und Satz:
Kerstin Beurich, Kurt Hemmerlein,
Boris Schymetzko

Große Erfolge – klein gemeldet

Plakatwettbewerb für Integration

(fvo) - Die SPD-Fraktion Lichtenberg hatte einen Antrag in die BVV eingebracht, einen Wettbewerb für Schulklassen und Jugendfreizeiteinrichtungen auszuloben, dessen Zweck die Gestaltung eines Plakates zur Wer-



bung für Integration ist und diesen mit 150 € zu dotieren. Aus den eingereichten Entwürfen wurde unter Mitwirkung der BVV ein Plakat ausgewählt, das in öffentlichen Einrichtungen des Bezirks auf Dauer, ähnlich der Aktion „Noteingang“, ausgehängt wird. Es gingen insgesamt 33 Plakatentwürfe von Kindern und Jugendlichen ein. Vor der Sitzung der BVV am 28.06.06 wurden die ersten drei Preisträger ausgezeichnet.

Den 1. Platz belegte Thuong Le Thi (Foto, Bürgermeister-Ziethen-Grund-

schule). Auf den 2. Platz kamen die Kinder der Gruppe „Schmetterlinge“ der Kita Sonnenschein (Sozialdiakonische Jugendarbeit Lichtenberg e.V.). Den 3. Platz belegten die Jugendlichen der JFE „Plexus“ (Publikata e.V.).

Barrierefreie Broschüren

(fvo) - Um Menschen mit Handicap ohne großen Aufwand die Feststellung zu ermöglichen, ob sie ein Objekt oder einen Veranstaltungsort in Lichtenberg ohne Probleme aufsuchen können, hat die SPD-Fraktion Lichtenberg einen Antrag in die BVV eingebracht, in allen bezirklichen oder in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt herausgegebenen Broschüren Angaben über die Barrierefreiheit zu machen. Der Antrag wurde eintsimmig beschlossen. Konkreter Anlass war, dass die vom Regionalmanagement Berlin-Lichtenberg in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung des Bezirksamtes herausgegebene – ansonsten hervorragende – Broschüre „Gastliches Lichtenberg“, leider keinerlei Angaben zur Barrierefreiheit von Standorten enthält. Ziel der SPD-Fraktion ist, dies im Sinne der Menschen mit Handicap zukünftig in allen Broschüren zu berücksichtigen.

Praxisbericht vom Geschäftsordnungsausschuss

von Kurt Hemmerlein, Vorsitzender des Ausschusses für Geschäftsordnung, Eingaben und Beschwerden

Kurz vor Ablauf der Legislaturperiode wird vielerorts Bilanz gezogen, so auch im Ausschuss für Eingaben, Beschwerden und Geschäftsordnung der BVV Lichtenberg.

Da wären also zum Einen die **54 Eingaben**, die zu bearbeiten waren und deren Spannweite vom Wohngeld über Parkplatzprobleme bis zu Standortgenehmigungen für Verkaufseinrichtungen reicht. **Sehr häufig ist es uns dabei gelungen, eine Beschleunigung der Bearbeitung von Anträgen oder die Nachbesserung von Bescheiden zu erreichen.**

In den letzten Monaten war **eine der Hauptaufgaben des Ausschusses die Veränderung der Geschäftsordnung der BVV**. Wie schon an gleicher Stelle berich-

tet, musste sie dem 7. Gesetz zur Veränderung des Bezirksverwaltungsgesetzes angepasst werden. Nach Veränderung von strittigen Punkten wurde sie im März verabschiedet. Einige gegensätzliche Positionen konnten dabei nicht geklärt werden und wurden so von der absoluten Mehrheit der Linkspartei.PDS beschlossen. Das betrifft z.B. das **Rederecht anderer Personen in den Sitzungen der BVV**. Auf diesem Gebiet haben wir in den letzten drei Sitzungen erste Erfahrungen sammeln können. So kann man aus meiner Sicht konstatieren, dass einerseits interessante Redebeiträge unter den Wortmeldungen „anderer Personen“ waren. Andererseits wurde damit die Debatte erheblich verlängert, so dass die BVV bis weit über 22.00 Uhr hinaus tagte.

Hier stellt sich die Frage, wie es uns zukünftig gelingen wird, den Bürgerinnen und Bürgern weiterhin die Möglichkeit der direkten Mitwirkung zu geben, gleichzeitig aber auch die anstehenden Aufgaben abzarbeiten. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass der Großteil der Verordneten berufstätig ist und deshalb solch ein Sitzungs-marathon nur die Ausnahme sein darf. **Wenn jedoch weiterhin Entscheidungen ohne Beteiligung der entsprechenden Gremien getroffen werde (siehe Schulpolitik der Linkspartei.PDS), wird es sicher auch zukünftig hitzige und langwierige Debatten geben.** Zumindest die zeitweilige Selbstherrlichkeit einer Fraktion mit absoluter Mehrheit wird es aber wohl in der nächsten BVV nicht mehr geben...

Veranstaltung in der Kiezspinne

„Die neue Rentengesetzgebung – Wie sicher ist meine Rente?“

von Kerstin Beurich und Birgit Monteiro, Mitglieder der SPD-Fraktion Lichtenberg

Am Ende waren sich alle einig: Die Veranstaltung zur neuen Rentengesetzgebung im Nachbarschaftshaus (Orangerie) der Kiezspinne in der Schulze-Boysen-Straße war ein voller Erfolg und die bisher beste Veranstaltung der SPD-Fraktion Lichtenberg und der SPD Lichtenberg zum Thema Rente.

56 Gäste beteiligten sich rege an der von **Birgit Monteiro** (Kandidatin der SPD Lichtenberg für das Abgeordnetenhaus im Wahlkreis 4) geleiteten Diskussion. Sie sagten ihre Meinung oder stellten konkrete Fragen an die Referenten.

Das Podium – bestehend aus **Michael Vollert** (Bundesministerium für Arbeit und Soziales), **Dr. Reinhold Thiede** und **Ralf-Peter Stephan** (beide Deutsche Rentenversicherung) sowie **Andreas Geisel** (Bezirksstadtrat und Kandidat der SPD Lichtenberg für das Amt des Bezirksbürgermeisters) –

konnte **praxisorientiertes Fachwissen** vermitteln ohne dabei die politischen Hintergründe außer Acht zu lassen oder in eine individuelle Rentenberatung abzugleiten.

Viele Argumentationen waren neu und konnten gängige Fehlinterpretationen oder Vorurteile über Renten in Ost- und West entkräften. Vielen war z.B. nicht bekannt, was die beiden Podiumsteilnehmer der Deutschen Rentenversicherung berichteten, nämlich dass die **tatsächlich gezahlten Renten im Osten durchschnittlich um 5,5% höher** sind als im Westen. **Das Rentenniveau Ost beträgt allerdings nach wie vor nur 88% des Westniveaus.** Hingegen ist bei den Löhnen die Diskrepanz noch stärker

ausgeprägt. Hier sind es nur 78% des Westniveaus. Sehr interessant war in diesem Zusammenhang zu erfahren, **dass die Einkommen in den neuen Bundesländern (inkl. Ost-Berlin) bei der Rentenberechnung so behandelt werden, als ob sie 19% höher wären (sogenannter Höherwertigkeitsfaktor)**, um später ein besseres Rentenniveau zu erreichen. In der weiteren Diskussion waren sich alle

führung des Nachhaltigkeitsfaktors notwendig. Außerdem stellt sich immer **die entscheidende Frage, wie man wieder mehr Beitragszahler ins System bekommt.** Der effektivste, aber auch schwierigste Weg ist dabei der Abbau der Massenarbeitslosigkeit. An dieser Stelle der Diskussion wurde aus dem Publikum natürlich die scheinbar naheliegende Forderung erhoben, die Beamten in das

Rentensystem mit einzubeziehen.

Zur Überraschung aller wurde uns aber aus dem Podium vermittelt, dass dies kontraproduktiv sei, weil Beamte im Durchschnitt zwei Jahre länger leben als die übrige Bevölkerung und somit das System am Ende mehr be- als entlasten würden.

Sehr sinnvoll sei aber die Erweiterung der Rentenkasse von einer Arbeitnehmer- zu einer Erwerbstätigenversicherung unter Einbeziehung der Selbständigen.

Gegen Ende gab es dann noch Fragen zur Rentenbesteuerung. Diese konnten aber nicht pauschal beantwortet werden, weil jeder Renteneintrittsjahrgang individuell behandelt wird. Es wurde deshalb empfohlen, eine Anfrage an das zuständige Finanzamt zu stellen bzw. entsprechende Broschüren bei der Deutschen Rentenversicherung (vormals Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, BfA) anzufordern. Abschließend möchten wir die gute Zusammenarbeit unserer BVV-Fraktion mit der Kiezspinne sowie den Abteilungen und der AG 60+ der SPD Lichtenberg bei der Durchführung der Veranstaltung erwähnen. Sie sollte auf jeden Fall fortgesetzt werden!



Das Podium von links nach rechts: Ralf-Peter Stephan, Michael Vollert, Birgit Monteiro, Dr. Reinhold Thiede, Andreas Geisel

Referenten einig, dass die Krise der Deutschen Rentenversicherung weniger durch die Demographie (also die Umkehrung der Alterspyramide) als viel mehr durch das arbeitsmarktbedingte Wegbrechen von Beitragszahlern verursacht wird. **Seit dem Jahr 1990 sind ca. 5 Mio. sozialversicherungs-pflichtige Arbeitsverhältnisse weggefallen!!!** Alle auf dem Podium betonten aus diesem Grunde, dass dem auf dem Solidarprinzip beruhenden Umlagesystem unserer Rente – ohne erhebliche Änderungen – über kurz oder lang das Genick gebrochen wäre. Deshalb war aus ihrer Sicht die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre (ab dem Jahr 2012 bis zum Jahr 2029) und die Ein-

Gastkommentar – diesmal von Michael Pfau (Projektleiter im pad e.V.)

Berlin qualmfrei – Lichtenberg war dabei

Jährlich am 31. Mai findet der **Welt-nichtrauchertag** statt. Im Vorfeld zu dieser Veranstaltung gab es vom 15.05. bis 19.05.2006 ein **Berlinweites, öffentlichkeitswirksames Event** unter dem Motto: „**Berlin qualmfrei – Ich bin dabei**“. Neben gesamtstädtischen Aktionen fanden auch regionale Veranstaltungen mit den unterschiedlichsten Schwerpunkten rund um das Thema **Nichtrauchen** statt. Unser Verein **pad e.V.** mit seiner **Fachstelle für Suchtprävention** im Land Berlin und dem **Jugendhaus TRIALOG** organisierte in Kooperation mit dem **Bezirksamt Lichtenberg** ein **ganztägiges Beach-Sportfest** und beteiligte sich so an dieser Aktionswoche. **Mehr als 600 Besucher und Gäste** kamen zum **Event** und erlebten sportbegeisterte und interessierte Kinder, Jugendliche und Teilnehmer aus dem unmittelbaren Wohnumfeld, aber auch aus angrenzenden Bezirken. Die **bunte Mischung aus Sport, Fun,**



Information, Musik und Gesprächen gab der Veranstaltung einen besonderen Charakter. Die **Einbeziehung der umliegenden Schulen** sowie die direkte Kooperation mit zuverlässigen Partnern haben sich einmal mehr bewährt. Die **finanzielle Unterstützung durch die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Lichtenberg** ermöglichte es uns, die Veranstaltung in einem solch großen Umfang durchzuführen.

Besondere Wertschätzung erhielt unsere Veranstaltung auch durch den Besuch zahlreicher Gäste aus der Berliner Politik, unter ihnen die Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, Frau Dr. Knake-Werner und die Schirmherrin der Veranstaltung, die Bezirksbürgermeisterin von Lichtenberg Christina Emmrich. Auch der **Bezirksstadtrat für Umwelt und Gesundheit, Andreas Geisel**, sowie die **Vorsitzende der SPD-Fraktion in der BVV Lichtenberg, Kerstin Beurich**, ließen es sich nicht nehmen die Veranstaltung zu besuchen und überzeugten sich vor Ort von der Notwendigkeit der Suchtprävention gerade bei Kindern und Jugendlichen. Bereits jetzt wurde Interesse signalisiert, im Jahr 2007 eine ähnliche Veranstaltung durchzuführen. Informationen zur Tätigkeit unseres Vereins sowie Ansprechpartner und Kontaktadressen finden Sie auch im Internet unter www.padev.de.

Suchtprävention in Lichtenberg

von Reimund Peter, Mitglied der SPD-Fraktion Lichtenberg

Komm trink noch ein Bier mit mir! Gras macht nicht süchtig, ich rauch auch mal einen Joint! Ich sehe doch nur einen Film am Abend, dann die eine Talkshow und natürlich Nachrichten. Ist dies schon Sucht? Was ist Sucht? Wie definiert man Sucht? Ist Sucht „nur“ Bier trinken, Rauchen oder zuviel Fernsehen? Sind die Probleme mit Sucht nur bei den sogenannten Problemfamilien zu finden? Diese Frage ist mit einem ganz klaren Nein zu beantworten. **Warum jemand süchtig wird, hat vielfältige Gründe.** Auch welche Drogen er zu sich nimmt, hängt von vielen Faktoren ab. Zunächst besteht erst mal der Wunsch sich wohl oder besser zu fühlen. **Die meisten Menschen verschaffen sich ganz bewusst Wohlbefinden.** Das wohlige Gefühl durch Sättigung beim Essen und Trinken, Erfolg bei der Arbeit, Medikamenteneinnahme oder die Entspannung durch Alkohol oder Nikotin. Wann aber ist man süchtig? Dazu muss man wissen, dass es zwei Arten von Sucht gibt. Die **stoffgebundene Sucht** (Alkohol-, Rauschgift- oder Medikamentenmissbrauch) und die **stoffungebundene Sucht** (z.B. Spiel- oder Ess-Sucht). Wie kommt es aber, dass einige Menschen süchtig werden, andere jedoch nicht? Die

Grundlagen für Suchtverhalten werden oft schon in der Kindheit gelegt. Wieviel Geborgenheit bekommen Kinder? Kennt der Erwachsene die Bedürfnisse seines Kindes und kann er sie nachempfinden? Werden sie gelobt und bekommen sie auch Zuwendung wenn sie nicht etwas Großartiges geleistet haben? **Kinder brauchen Bestätigung, wollen wegen ihrer selbst geliebt werden.** Sie brauchen Grundvertrauen. Was selbstverständlich klingt, ist es bei weitem nicht. Arbeitsstress, Arbeitslosigkeit oder die laxe Einstellung der Eltern zu Suchtmitteln kann Kinder verunsichern und seelisch aus dem Gleichgewicht bringen. Es gibt aber auch Einflüsse von außen, die nur begrenzt von Eltern kontrolliert werden können: die Clique, die Schulklasse, der Popstar oder andere Vorbilder. Wenn Eltern aber die Grundbedingungen schaffen, die Kinder für ihre Entwicklung zu unabhängigen, seelisch und psychisch starken Menschen brauchen, ist das ein fester Boden unter den Füßen, den sie für ihre weiteren Schritte brauchen. **Um Kinder und Jugendliche stark zu machen und gegen die Gefahren des Drogenmissbrauchs zu wappnen, hat das Bezirksamt Lichtenberg unter Federführung des Gesund-**

heitsstadtrates Andreas Geisel (SPD), ein Konzept mit dem Ziel der Suchtprävention von der Kita bis zum Jugendklub erarbeitet. Das Konzept wird zunächst als Pilotprojekt im Gebiet zwischen den U-Bahnhöfen Friedrichsfelde, dem Tierpark und dem Betriebsbahnhof Rummelsburg (Sozialraum 26) umgesetzt. Es heißt deshalb „Pilot 26“. Über die Bündelung vorhandener Maßnahmen bzw. die Gewinnung neuer Akteure in einem Sozialraum, ist ein Höchstmaß an Effektivität zu erwarten. Nach den Erkenntnissen des Bezirksamtes sind folgende vier Säulen oberstes Gebot in der Suchtprävention: 1. **Stärkung des Selbstwertgefühls.** 2. **Entwicklung sozialer Kompetenzen.** 3. **Förderung sozialer Integration.** 4. **Strategien zur Belastungsbewältigung.** Alle Angebote und Maßnahmen zur Suchtprävention sollten darauf aufbauen. Ob sie erfolgreich waren, kann nur in langfristigen Beobachtungen festgestellt werden. Wenn man später bestimmte Maßnahmen auf ganz Lichtenberg ausweiten möchte, braucht man seriöse Zahlen. Schnellschüsse sind unangebracht, denn bei Suchtprävention geht es um den Schutz unserer Kinder vor Drogen und suchgefährdenden Einflüssen.